

Absender:

**SPD-Fraktion im Rat der Stadt /
Fraktion Bündnis 90 - DIE GRÜNEN im
Rat der Stadt / Gruppe Die FRAKTION.
BS im Rat der Stadt / Fraktion BIBS im
Rat der Stadt**

23-20692-01

Antrag (öffentlich)

Betreff:

**Einrichtung eines Jugendbüros und Gründung eines
Jugendparlamentes**

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

28.02.2023

Beratungsfolge:

		Status
Jugendhilfeausschuss (Vorberatung)	01.03.2023	Ö
Verwaltungsausschuss (Vorberatung)	14.03.2023	N
Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung)	21.03.2023	Ö

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird gebeten, bis zur Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 26.04.2023 einen Beschlussvorschlag für die Errichtung eines Jugendbüros und die Gründung eines Jugendparlaments in Braunschweig zu erarbeiten. Die bereits im Haushalt für 2023/2024 hinterlegten Mittel des Programms „Resiliente Innenstädte“ für die Einrichtung eines Familiencafés und einer „Beteiligungsetage für Kinder und Jugendliche“ sollen für eine „Beteiligungsetage“ umgewidmet werden. Die Beschlussfassung der Umwidmung erfolgt durch den Rat.

Die Beschlussvorlage soll dabei insbesondere folgende Maßnahmen enthalten:

1. Einrichtung von 2,5 Stellen für die organisatorische Begleitung und fachliche Unterstützung des Jugendbüros und des Jugendparlaments;
2. Beratung der bereits bestehenden AG Jugendparlament bei den Gründungsformalitäten (Satzung, Geschäfts-/Wahlordnung etc.);
3. Einstellung eines jährlichen Budgets von 25.000 € für das Jugendparlament (freie Projektplanung) und von 50.000 € für das Jugendbüro (Beteiligungsaktionen/-projekte);
4. Suche und Bereitstellung geeigneter Räumlichkeiten in der Innenstadt für das Jugendbüro und das Jugendparlament;
5. Einstellung von weiteren notwendigen Finanz- und Sachmitteln für die Organisationsstrukturen des Jugendparlaments (Bereitstellung von Mobiliar, Bereitstellung einer digitalen Infrastruktur für Homepage, Videokonferenzen etc.);
6. Prüfung der rechtlichen Einbettung eines vom Jugendbüro unabhängigen Jugendparlaments unter Beachtung der Bestimmungen des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes inkl. Umsetzungsvorschlag (Prüfung Rede-/Antragsrecht im Rat sowie in den Fachausschüssen);

Grundsätzlich sollen die Erstellung der Beschlussvorlage und der gesamte Prozess der Implementierung eines Jugendparlaments in enger Abstimmung mit den Jugendlichen der bereits bestehenden AG Jugendparlament (u. a. Stadtschüler*innenrat und If A Bird)

erfolgen. Dabei muss sichergestellt werden, dass die Wünsche und Vorgaben der AG Jugendparlament angemessen berücksichtigt werden.

Sachverhalt:

Grundlage für diesen Antrag sind die Ergebnisse der dreiteiligen Workshop-Reihe zur Kinder- und Jugendbeteiligung am 28.06.2022, 26.11.2022 und 21.01.2023 sowie die entsprechende Mitteilung außerhalb von Sitzungen vom 09.02.2023 (Vorlage 23-20617).

Die vorliegenden Ergebnisse machen deutlich, dass bei den Kindern und Jugendlichen in Braunschweig der Wunsch nach einer größeren Beteiligung an den Entscheidungsprozessen in der Stadt besteht. Neben der Gründung eines Jugendparlaments kann diesem Wunsch auch durch die Einrichtung eines Jugendbüros, in dem – neben dem Jugendparlament – noch weitere Akteur*innen der Jugendarbeit angesiedelt sind, Rechnung getragen werden. Für das Jugendbüro sollen passende Räumlichkeiten in der Innenstadt angestrebt werden.

Im Übrigen wird auf den in Vorlage 23-20692 dargestellten Sachverhalt verwiesen.

Anlagen:

keine